

Pränumerations - Preise:

Für Laibach

Quartalsjährig . . . 6 fl. — fr.
Halbjährig . . . 3 „ — „
Dorteljährig . . . 1 „ 50 „
Monatlich . . . — „ 50 „

Mit der Post:

Quartalsjährig . . . 9 fl. — fr.
Halbjährig . . . 4 „ 50 „
Dorteljährig . . . 2 „ 25 „

Für Zustellung ins Haus dortel-
jährig 25 fr., monatlich 9 fr.

Einzelne Nummern 5 fr.

Laibacher

Tagblatt.

Redaktion
Bahnhofgasse Nr. 132.

Expedition und Inseraten

Bureau:

Kongressplatz Nr. 81 (Buchhandlung
von J. v. Kleinmayr & S. Wambere)

Inserationspreise:

Für die einspaltige Petitzeile 1 fr.
bei zweimaliger Einschaltung 2 fr.
dreimal à 7 fr.

Inserationsremise jedesmal 25 %

Bei größeren Inseraten und öfteren
Einschaltung entsprechender Rabatt

Anonime Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Nr. 176.

Freitag, 5. August. — Morgen: Verkl. Jesu.

1870.

Eine deutsche Stimme über Preußen.

Nachstehenden, der „Linzer Tagespost“ von einem Fachmanne in der Politik zugegangenen Aufsatz glauben wir, obgleich er unserer Auffassung nicht ganz entspricht, schon aus dem Grunde wiedergeben zu sollen, als wir auch der gegentheiligen Anschauungsweise unsere Spalten nicht verschließen wollen:

In diesem Kriege trage ich für Preußen nicht die leiseste Sympathie im Herzen und ich scheue mich ganz und gar nicht, die Hoffnung auszusprechen, daß ihm diesmal die Flügel etwas beschnitten werden mögen, damit es weniger anmaßend werde und endlich einmal die Träume Bismarcks, daß Preußen den Staaten Frankreich und Rußland in politischer Beziehung den Rang ablaufen könne, ein Ende nehmen.

Als Freund des Friedens muß ich mich an und für sich schon gegen jede diktirende Macht überhaupt aussprechen, möchte aber — aus vielen Gründen — den europäischen Kontinent besonders gegen eine Suprematie, durch Preußen ausgeübt, vermahnt wissen!

Ein einiges, starkes Deutschland wäre zweifelsohne sehr schön, und sehr schön ist es auch, darüber sprechen zu hören und hingestellt zu sehen, daß es „Preußen“ nicht um eine Vergrößerung „Preußens“ und nicht um Befriedigung ehrgeiziger Pläne zu thun sei zc. zc., sondern daß es „aufrichtig“ nur das einige „Deutschland“ vor Augen habe.

Wenn diese Versicherungen wahr und mehr als leere Worte sind, so kann und muß es Preußen gleichgiltig sein, „wer“ Deutschland konsolidirt, „wer“ es führt, wenn es nur ein einiges, mächtiges, großes Deutschland wird, und es ist, da ich nicht so unge-

recht sein kann und darf, dem nicht preußischen Deutschland ein Armuthszeugniß dahin auszustellen, daß es die nöthigen geistigen Kräfte nicht in sich birgt und selbe nur in Preußen zu finden seien, was beinahe den Anschein hat, da gegenwärtig der Bundeskanzler ein Preuße ist, der Feldherr, ja selbst die Unterfeldherren Preußen, kurz alle Einfluß habenden Stellen von Püchelhauben besetzt sind; es ist, sage ich, kein Grund vorhanden, der Preußen abhalten könnte, eventuell diese seine Aufrichtigkeit zu beweisen und die Führerschaft einer etwas — weniger unbeliebten Macht zu übertragen.

Was würde aber Preußen sagen, wenn die Unifizirung Deutschlands von dem anderen Ende — dem Süden — versucht würde? Würde Preußen erlauben, daß sich ein König von Baiern, Sachsen, Württemberg zc. die deutsche Kaiserkrone aufs Haupt setze?

Es gibt in der ganzen lieben Welt wohl niemand, der das glauben könnte, daß Preußen dieses zuließe, sondern daß selbes im Gegentheil, um es zu verhindern, sogar den „Bruderkrieg“ nicht scheuen würde, und somit beweiset es sich von selbst, daß Bismarcks Ziel nicht — ein einiges, mächtiges Deutschland, sondern die Vergrößerung Preußens ist. Man stellt die Behauptung auf, daß sich Frankreich als zweiten Zweck im gegenwärtigen Kriege die Anektirung des linken Rheinufers gestellt habe. — Ohne dies im mindesten zu bezweifeln, frage ich aber, ob — wenn es sein kann — Preußen nicht dasselbe mit dem rechten Ufer thun wird?

Schleswig-Holstein und das ganze Jahr 1866 ist gar nicht darnach angethan, um den Glauben aufkommen zu lassen, als ob Preußen bloß für eine „Idee“ kämpfe und nicht Annexions-Geleüste in seinem Herzen trüge, da es in der besagten Periode

nicht mehr und nicht weniger wegnahm und für „sich“ behielt, als es erhaschen konnte, und trotz feierlicher Zusage selbst bis zur Stunde jenen Theil Schlesiens noch nicht herausgegeben hat, den es Dänemark rückzugeben hatte.

Ich will nicht bezweifeln, daß der König von Preußen rechtliche, wenn auch sentimentale Gefühle betreff des deutschen Vaterlandes im Herzen trägt; was jedoch Bismarck anbelangt, so betrachtet er den gegenwärtigen Krieg nur als Duell mit Napoleon auf Leben und Tod um die politische Suprematie.

Niemand wird dem preußischen Volke einen hohen Bildungsgrad absprechen; aber in keinem Staate herrscht die militärische Kaste — ich muß sagen — so verlegend wie dort. — Der allseitige militärische Drill macht, daß sich die Preußen übernehmen, und bekannte Thatsache ist, daß dieselben bei keiner Nation beliebt sind, da sie eine eigenthümlich unglückliche Manier haben, den Menschen in seinen zartesten Gefühlen beständig zu verletzen. Man ist immer froh, wenn man dieses Land wieder hinter seinem Rücken hat.

Und diese nationale Arroganz hat mehr, denn sonst etwas, die Einigung Gesamt-Deutschlands bis jetzt verzögert, da jeder fürchtet, „verpreußt“ zu werden.

Auch England hat jene, ihm durch Preußen in der dänischen Frage damals gewordene Insulte, die einzig in der Geschichte dasteht, noch nicht vergessen.

Es wäre nun wahrhaft kindisch anzunehmen, daß diesmal Bismarck durch die Ereignisse überrascht worden wäre. Darum ist er — und nur er — der Entwaffnungsfrage so beharrlich ausgewichen, und es ist heutzutage bewiesen, daß er vollkommen überzeugt war, daß die spanische Thron-

Feuilleton.

Aus dem Gerichtssaale.

Laibach, 4. August.

Vor einem Dreirichter-Kollegium, welches aus dem Vorsitzenden U. N. Kozjek, dann U. N. Perko und U. N. Adjunkt Schetina bestand, fand gestern die Schlußverhandlung gegen Herrn Anton Golobić, Kooperator in Birklach, statt, der des Vergehens der Herabwürdigung der Verfügungen der Behörden und Aufwiegelung gegen Staats- oder Gemeinde-Behörden, gegen einzelne Organe der Regierung zc. nach § 300 St. G. B. angeklagt war. Staatsanwalt Dr. v. Lehmann, Verteidiger Dr. Costa.

Gegenstand der Anklage war ein am Pfingstmontag 1869 vom Angeklagten gehaltener Kanzelvortrag, welcher nach der Aussage einiger Zeugen mit dem am 12 Mai 1869 beim hiesigen k. k. Landesgerichte gegen Josef Ahlin von Birklach abgewickelten höchst interessanten Strassalle, in dem zwei Priester eine eigenthümliche Rolle spielten, worüber wir auch nächstens einen ausführlichen Bericht bringen werden, in einer gewissen Verbindung stehen soll.

Aus der Anklage entnehmen wir, daß Hr. Anton Golobić am Pfingstmontag Nachmittag bei der Chri-

stenlehre gepredigt haben soll, daß es heutzutage bei der weltlichen Obrigkeit keine Gerechtigkeit mehr gebe, daß nur Reiche und Vornehme, die Geld springen lassen, zu ihrem Rechte gelangen, daß sich die Obrigkeit bestechen lasse. Diese Anklage fußt auf der beschworenen Aussage der Agnes Ahlin, Maria Gorjanc und Andreas Jlebir.

Der Angeklagte, aufgefördert sich zu vertheidigen, gab an, daß er an diesem Montag Nachmittags durch eine halbe Stunde über das Thema „fremde Sünden“ gepredigt, daß er dabei fast alle Stände, auch die Obrigkeit berührt habe, letztere jedoch insoweit, daß sie sich vertheidigen würde, wenn sie das Laster ignorirte.

Die Worte jedoch, die ihm von den Belastungszeugen in den Mund gelegt worden, habe er niemals gesprochen.

Als Beweis, daß die Zeugen falsch ausgesagt haben, führt er auch den Umstand an, daß Maria Gorjanc und Andreas Jlebir bestimmt deponiren, daß er gepredigt habe: „Zener gelange zum Rechte, katerimu dosti iz varžeta gre, da sodnijo podkupi (der viel aus der Tasche gibt, um das Gericht zu bestechen), und doch kenne sein Wörterbuch nicht das Wort varžet (Tasche), sondern nur žep — varžet habe er nie gebraucht. Die Glaubwürdigkeit der Zeugen müsse er auch deshalb angreifen, weil Maria Ahlin, Mutter des Josef Ahlin, in der Kirche oft einschlum-

mere, sie somit die Predigt nicht vollständig höre, sie nur zu wahrscheinlich aus Haß gegen ihn Zeugenschaft abgelegt habe.

Auch Maria Gorjanc halte er für keine verlässliche Person, denn sie arbeite im Hause des Ahlin und werde von diesem unterstützt.

Was den Andreas Jlebir anbelangt, so sei dieser ein entschiedener Feind der Geistlichkeit überdies ein Hausgenosse des Ahlin.

Sodann wird zur Einvernehmung der Zeugen geschritten.

Agnes Ahlin, 61 Jahre alt, bestätigt in Gegenwart des Angeklagten auf das Entschiedenste, daß letzterer die ihm zur Last gelegten Worte von der Kanzel gesprochen habe, und trotz der vielen an sie gerichteten Fragen nimmt sie auch nicht ein Wort von ihrer Aussage zurück.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob sie bei den Predigten nicht hin und wieder einnickte, antwortet sie, daß ihr dies wohl hin und wieder passire, allein in dem Momente, da der Herr Kooperator die verhängnisvollen Worte sprach, sei sie vollkommen wach gewesen.

Von der Christenlehre heimgekehrt, fand sie Maria Gorjanc und Jlebir in lebhaftem Diskurse über die Predigt.

Schließlich bedauert sie, gegen den geistlichen

frage etwas heraufbeschwören werde, und daß der Krieg mit Frankreich nur mehr eine Frage der Zeit war.

Und die Presse hat auch pflichtschuldigst das ihrige redlich geleistet; sie hat an Ausschneiden und Lügen fast die französische übertroffen, da, wie schon bei Frankreich bemerkt, jener Fall in Ems noch immer nicht bewiesen ist, und ist er wahr, so weiß man wahrhaftig nicht, wer sich mehr undiplomatisch benommen hat, Benedetti oder der König!

Uebrigens ist dies nur Sand für die Augen des Volkes und ändert, wenn auch wahr, gar nichts, da es denn doch immer unverantwortlich bleibt, solcher Vorwände halber Länder und Völker in einen so schrecklichen Krieg zu stürzen.

In diesem, nicht vom französischen und deutschen Volke, sondern nur von Napoleon und Bismarck begonnenen Kriege ist jeder dieser beiden gleich schuldbeladen, daher Sympathie für den einen oder anderen mindestens — Ungerechtigkeit wäre.

Wir Deutsche in Oesterreich wurden, ich weiß zwar nicht mit welchem Rechte, von Bismarck aus Deutschland hinausgeworfen.

Da sie finden hiesür häufige Entschuldigungen, wie da sind: Die Sünden Oesterreichs an Deutschland, die dagewesene Nothwendigkeit u. u., und benützen diese Motive, Oesterreich engherzig zu nennen, wenn es Preußen jetzt alles dieses nachtragen oder, wie sie es heißen, Gefühlspolitik treiben würde.

Wenn ich nun auch nicht recht einsehen kann, warum Oesterreich immer die Großmuth sein und sich dafür vom Egoismus Stück für Stück vom Leibe reißen lassen soll, so stimme ich doch mit der Ansicht überein, daß Gefühlspolitik nichts taugt, finde es aber gleichzeitig sehr unlogisch, daß viele nun zu „Gunsten“ Preußens, weil es dem Bruderstamme angehört, Gefühlspolitik treiben und dieses rechtfertigen wollen.

Wir sind eben Oesterreicher, uns kann weder ein Sieg Preußens noch Frankreichs Nutzen bringen, wir brauchen Frieden und müssen, sollten wir aus der Neutralität gezwungen werden, bei jener Partei stehen, von deren Uebergewicht nach dem Siege wir am wenigsten Schaden zu erwarten haben.

Kriege sind Kinder der Politik; was hat nun ein „politisch“ aus Deutschland hinausgedrängter Deutsch-Oesterreicher dort zu suchen, da sein Schwerpunkt jetzt in Oesterreich liegt? — Die Bruderhand? — Die wird er auch als guter Oesterreicher drücken können, und er muß daher, wenn er sonst sein Vaterland vom Zerfalle gesichert wissen will, den Frieden wünschen, der aber nur dann dauernd sein kann, wenn beide Militärstaaten, sowohl Frankreich als Preußen, so zertrümmert und durch den

gegenwärtigen Krieg entkräftigt werden, daß sie durch die anderen friedliebenden Mächte niedergehalten werden und so den Frieden ein Jahrhundert lang nicht mehr brechen können.

Das mag egoistisch erscheinen, aber was ist Politik und Patriotismus mehr als nationaler Egoismus?

Das beste Mittel jedoch, für immer Friede zu machen, wäre, die Friedensstörer, zu denen auch ein jemand aus dem Süden Europa's gehört, in den Rhein zu werfen; dann könnten sich die Nationen ruhig zurufen: „Pax vobiscum.“

Vom Kriege.

Die Einnahme Saarbrückens am 2. August ist das erste Glied in der Kette der höchst wahrscheinlich rasch aufeinander folgenden beiderseitigen militärischen Operationen. An und für sich dürfte derselben kaum eine größere Bedeutung beizulegen sein. Auf die deutsche Armee wird im Ganzen das Gefecht bei Saarbrücken keinen besonderen Eindruck machen. Der deutsche Soldat ist viel zu zäh und ausdauernd, als daß ihn der unglückliche Ausfall eines Zusammenstoßes entmuthigen würde. Ein Räthsel bleibt die angeblich ungeheure Wirkung der Mitrailleuse und die dennoch eingetretene Nothwendigkeit eines Bajonetangriffs. Weitere Nachrichten werden wohl Klarheit über das Gefecht verbreiten. Wir lassen nachstehend die von beiden Seiten eingegangenen neueren Telegramme folgen:

Von französischer Seite: Paris, 3. August. Es wurden die vorgeschobenen Positionen von den Franzosen mit dem Bajonet genommen. 20.000 Preußen hielten die Stadt besetzt und zogen sich auf die jenseitigen Anhöhen zurück. Offiziell wird gemeldet: In Folge des Kampfes bemächtigte sich das Corps Frossard der Höhen, welche Saarbrücken und die Saargänge beherrschen. Die feindlichen Batterien links von Saarbrücken wurden gezwungen, ihr Feuer einzustellen, die französischen Truppen kampiren auf weggenommenen Positionen.

Da der Kaiser befohlen hat, mit den Mitrailleusen nur dann zu schießen, wenn es nothwendig ist, feuerten die Franzosen in der Entfernung von 160 Metres auf eine feindliche Abtheilung, die auf der rechtsseitigen Eisenbahnlinie aufmarschirte. Die Abtheilung wurde unverzüglich gesprengt, indem sie die Hälfte ihrer Leute verlor. Eine andere feindliche Abtheilung erlitt dasselbe Schicksal. Unsere Artillerie-Offiziere konstatarren einmüthig die niederschmetternde Wirkung der Mitrailleusen. Preussische Gefangene konstatarren auch die Ueberlegenheit des französischen Gewehres. Marschall Bazaine hatte auch ein Gefecht mit feindlichen Pflündern, von welchen

mehrere getödtet wurden. Französischerseits wurde kein Mann verwundet. Von der preussischen Grenze meldet man, daß viele Leute provisorisch wegen Mangel an Ausrüstungs- und Montursgegenständen nach Hause entlassen wurden.

Von preussischer Seite lauten die Meldungen:

Berlin, 3. August. Offiziell wird gemeldet: Am 2. August, Vormittags 10 Uhr, wurde das kleine Detachement in Saarbrücken von drei feindlichen Divisionen angegriffen und die Stadt mit 23 Geschützen beschossen. Um 12 Uhr wurde die Höhe des Exerzierplatzes, um 2 Uhr die Stadt von dem Detachement geräumt und der Rückzug zum nächsten Soutien angetreten. Die Verluste waren verhältnißmäßig gering. Nach Aussage eines Gefangenen war der Kaiser um 11 Uhr vor Saarbrücken eingetroffen. Ein Telegramm aus Metz, vom 2. Aug. meldet: „Saarbrücken sei durch die Franzosen besetzt,“ es scheint sich mehr um einen französischen Theatercoup für Paris, als um militärische Aktion gehandelt zu haben, da der Kaiser und der kaiserliche Prinz der Operation beiwohnten. Die Preußen betrachteten von vornherein Saarbrücken als keinen militärisch wichtigen Punkt, da dort nur einige Kompagnien standen.

Aus Wien wird unterm 4. gemeldet: Während von französischer Seite die preussischen Verluste bei der Einnahme der Höhen von Saarbrücken auf 3600 Mann angeschlagen werden, gibt das preussische Wolff'sche Bureau nur einen Verlust von 1000 Mann zu. Jedenfalls haben die Preußen stark gelitten. Gestern setzten sich die Franzosen neuerdings in Marsch.

Die „Pr.“ schreibt über die Affaire: Saarbrücken ist eine offene Stadt von 10.000 Einwohnern und liegt am linken, der französischen Grenze zugekehrten Ufer der Saar. Wir können vom militärischen Gesichtspunkte aus die ganze Affaire für nichts anderes als eine mit größter Lebhaftigkeit in Szene gesetzte Rekognosizirung bis an die Saarlösung ansehen, weil, wenn ein ernstlicher Gedanke die Franzosen geleitet hätte, sie sich unmöglich mit der Besetzung der Stadt begnügt, sondern sofort den Uebergang über die Saar forskirt und sich in den Besitz der Schwesterstadt St. Johann am rechten Ufer zu setzen gesucht hätten. Der Besitz von St. Johann hätte allerdings strategische Bedeutung. St. Johann ist nämlich ein Eisenbahnnotenpunkt; durch die Stadt führt die Bahn von Saargemünd nach Trier mit dem Seitenflügel über Mahlstadt nach Thionville und über Saarbrücken nach Metz, eine andere Linie nach Neunkirchen. Außerdem führen von St. Johann zwei Heerstraßen in die Pfalz

Herrn Zeugnenschaft ablegen zu müssen, denn schon jetzt reden die Leute, daß sich Geistliche geäußert hätten, sie werde eine schlechte Sterbestunde haben, und, wenn sie stirbt, mit den heiligen Sterbsakramenten nicht versehen werden.

Maria Gorjanz, 30 Jahre alt, hält an ihrer beschworenen Zeugenaussage fest und behauptet, das Wort „varzot“ genau gehört zu haben. In Diensten des Ahlin sei sie nicht, auch genieße sie von ihm keinerlei Unterstützung.

Am energischsten ging der Belastungszeuge Andreas Blebir, 59 Jahre alt, vor. Dieser Zeuge ist schon durch volle dreißig Jahre in Diensten des Ahlin'schen Hauses, er kennt somit seinen Herrn von Kindheit an. Mit größter Bestimmtheit wiederholt er die Worte, die er bereits beschworen, und insbesondere den Satz, wornach der Angeklagte gesagt habe: „Nur jener gelange zum Rechte, der Geld genug springen lasse, um das Gericht zu bestechen; (zum Angeklagten gewendet), daß Sie das gesagt haben, sage ich Ihnen ins Gesicht, und wenn die ganze Pfarre Zirklach gegen mich Zeugnenschaft ablegt, so verharre ich bei meiner Aussage.“

Angeklagter: Er ist immer der letzte in der Kirche.

Zeuge: Das ist nicht wahr.

Von den Entlastungszeugen wird zuerst Andreas

Bauken, Schullehrer und Bürgermeister in Zirklach, vorgelesen.

Er behauptet auf das bestimmteste, daß Angeklagter die Worte, deren er beschuldigt ist, nicht gesprochen habe, auch habe er das Wort „varzot“ nicht ausgesprochen, da er nur das Wort „zop“ gebrauchte. Was die Zeuginnen Gorjanz und Ahlin anbelangt, so sagen die Leute, daß erstere selten in die Kirche gehe, auch wisse er nicht, ob sie am Pfingstmontage bei der Predigt gewesen sei, während letztere bei der Predigt sehr oft einmilde.

UOR. Perko: Wo waren Sie während der Predigt?

Zeuge: Am Chore.

UOR. Perko: Haben Sie die Worte des Herrn Kooperators genau gehört?

Zeuge: Ja.

UOR. Perko: Waren Sie während der ganzen Predigt in der Kirche?

Zeuge: Ich glaube. (monim.)

Georg Musić, 53 Jahre alt, spricht sich ruhig und entschieden dahin aus, daß Angeklagter die ihm zur Last gelegten Worte an jenem Nachmittage von der Kanzel herab nicht gesagt habe, denn er habe während der ganzen Predigt nicht geschlummert, sondern jedes Wort genau gehört.

Vorsitzender: Was glaubt Ihr, warum sa-

gen die drei Belastungszeugen gegen den geistlichen Herrn aus?

Zeuge: Ich denke, aus Feindschaft wegen des Testamentsprozesses.

Vorsitzender: Das ist ein geschiedter Mann! Jakob Kepic schließt sich der Aussage des Georg Musić an, auch er habe diese Worte nicht gehört.

UOR. Perko: Können Sie bestimmt bei Euerem Eide sagen, daß der Herr Angeklagte diese Worte nicht gebraucht habe?

Zeuge: Ich meine, daß er diese Worte nicht gesagt hat, denn er beleidigt Niemanden, das ist mein Urtheil!

Das Kepic, 52 Jahre alt, und Josef Bedent behaupten präzise, daß der Angeklagte während jener Predigt die bewussten Worte nicht gesprochen, sondern nur gesagt habe: „Die Obrigkeit würde sich verflüchtigen, wenn sie sich erkaufen ließe.“

Maria Sluga, Magd, erinnert sich nicht mehr genau an die Predigt.

Sie erzählt jedoch, daß Josef Ahlin sie am Wege zu dem Untersuchungsrichter gefragt habe, wie sie aussagen werde, worauf sie antwortete, daß sie noch gar nicht wüßte, worüber sie einvernommen wird. Josef Ahlin habe darauf gesagt, daß sie, wenn sie anders aussagen würde, als ihm der Lederer (Govekar, Dienstherr der Zeugin) erzählt habe, eingesperrt würde. Da

und nach Rheinpreußen. Der Besitz von St. Johann wäre also für die Franzosen von großem Vorteil. St. Johann befindet sich aber nicht im Besitze der Franzosen, und damit ist die militärische Situation gekennzeichnet. Die „Pr.“ macht noch auf den Widerspruch aufmerksam, der darin liegt, daß in einem mehrstündigen Treffen, wo 13 Regimenter mit Artillerie in Verwendung kommen, von französischer Seite nur 11 Mann gefallen sein sollen, und auf die geografischen Verhältnisse, die eine Entwicklung so großer Heeresmassen kaum zulassen. Die eigentlichen strategischen Operationen von französischer Seite werden erst dann beginnen, wenn sie den Saarübergang forsbiren werden. Vorberhand haben sie mit der Besetzung der Höhen westwärts von Saarbrücken nur das eine erreicht, daß sie den Bahnkörper am rechten Ufer mit ihren Projektile beherrschen und zerstören können. Die Forpbirung des Saarüberganges wird aber voraussichtlich viel Blut kosten, weil die Preußen in günstiger Stellung und in gewiß nicht geringer Zahl denselben wehren werden.

Der „Presse“ kommen aus Rheinholden und aus Basel übereinstimmende Berichte zu, zufolge denen die Franzosen von Belfort aus mit einem starken Korps gegen Großhünningen vorrücken. Belfort liegt westlich von Basel im Departement des Oberrhein und Großhünningen in der Nähe der schweizerisch-badisch-französischen Grenze am Rhein.

Die Aufstellung des deutschen Heeres stellt sich nun demjenigen, der die bisher eingelassenen, freilich spärlichen Nachrichten verfolgt hat, ungefähr wie folgt dar:

Die aus dem 7., 8. und 9. Korps bestehende, von Steinmetz befehligte Nordarmee hat die Saarlinie von Saarbrücken bis Trier besetzt. (Ist diese Angabe richtig, so hätte das Gefecht bei Saarbrücken insofern eine höhere Wichtigkeit als sich hier die Armeen des Generals Steinmetz und des Prinzen Friedrich Karl die Hand reichen, und es könnte demnach die Festsetzung der Franzosen auf jenem Punkte Steinmetz zwingen, die Saarlinie aufzugeben und, um nicht isolirt zu werden, zurückzugehen.)

Endlich bilden das preussische Garde- und das 6. Armeekorps eine dem Könige zur Verfügung stehende Reserve, doch ist zu bemerken, daß eine Division des 6. Korps Breslau noch immer nicht verlassen hat.

Wo sich das 1. und 10. Armeekorps befinden, ist noch unbekannt.

Die Armee des Kronprinzen steht in dem Rheinthale von Landau bis gegen den Neckar, mit dem 2. bairischen Armeekorps und der badischen Division zwischen Landau und Germersheim, mit der hessischen Division bei Rastatt und der würt-

tembergischen bei Bruchsal. Das 1. bairische Armeekorps liegt in Mannheim, wo sich auch das Hauptquartier des Kronprinzen befindet.

Die Mainarmee hat mit dem 3., 4., 5. und 11. preuß. Armeekorps die Rheinpfalz von den östlichen Abhängen des Haardt bis zum Einschnitte der Nahe besetzt und hält das 12. Armeekorps (Sachsen) bei Mainz als Reserve. Das Hauptquartier des Prinzen Karl ist in Neustadt, dem Knotenpunkte der aus Rheinhessen von Mannheim, Speyer, Landau und Kaiserslautern kommenden Eisenbahnen.

Die Festung Mainz ist nun so weit in Vertheidigungszustand, daß nur noch das Kasiren des Glazis erübrigt. Allein der bürgerfreundliche Gouverneur, Prinz Woldemar von Schleswig-Holstein, will mit dem Befehle zum Niederhauen all jener lieblichen Promenaden, reizenden Anlagen und prächtigen Alleen, welche das alte Mainz umgeben, bis zum letzten Augenblicke warten, wenn diese grausame Nothwendigkeit nicht mehr zu umgehen sein wird. Die Bürger von Mainz haben sich erboten, ihm für dieses traurige Zerstörungswerk 3000 Arbeiter und 200 Wagen zu stellen, so daß es im Nu ausgeführt werden kann. So hofft man den grünen Schmuck der Festung vielleicht noch zu retten.

Prinz Wilhelm von Württemberg, der eventuelle Thronfolger, ist ins Hauptquartier des Kronprinzen von Preußen abgegangen, um den Krieg mitzumachen.

Einem Telegramm aus Berlin zufolge ist das preussische Panzerschiff „Arminia“, von mehreren französischen Panzerschiffen verfolgt, glücklich in die Elbemündung eingelaufen.

In Folge der Proklamation des Belagerungszustandes wurden sämtliche Blätter der dänischen Agitations-Partei in Nordschleswig unterdrückt.

Die Armirung der Forts von Paris wird mit Emsigkeit betrieben; die Umfassungsmauer bleibt vorläufig im jetzigen Zustande. Wenn die Ereignisse es erfordern, so wird dieselbe binnen drei Tagen für die Vertheidigung hergerichtet sein können.

In Algerien bildet man drei neue Turkos-Regimenter, wodurch diese Truppengattung auf 25.000 Mann gebracht wird. Die Anwerbung geht sehr rasch von statten, Dank Abd-el-Kader. Die Chassepots-Fabrikation wird mit der größten Beschleunigung betrieben. Es handelt sich nur mehr um die Zusammenstellung der Stücke, der Kolben, Rohre u. s. w., die schon seit zwei Jahren in verschiedenen Fabriken gefertigt worden sind.

Aus Paris wird gemeldet, daß in Chalons Ruhestörungen stattfanden. Soldaten riefen: Es lebe die Republik.

Politische Rundschau.

Laibach, 5. August.

In den böhmischen deutschen Landstädten organisiren sich einem Telegramme der „Pr.“ zufolge vom Kasino unabhängige Komitees, um bei den Neuwahlen tüchtige volksthümliche Parlamentsmänner zu gewinnen. Der deutsche Großgrundbesitzer wartet noch ab, ob Fürst Carlos Auersperg die Leitung der Wahlen übernehmen werde.

Die aus Prager Blättern, namentlich aus der „Politik“ in Wiener Journale übergegangene Nachricht, daß der Kaiser demnächst Prag besuchen werde, ist unbegründet. Wie die „Pr.“ von guter Seite hört, ist eine Reise Sr. Majestät nach der böhmischen Hauptstadt vorläufig nicht bevorstehend, ebenso wenig auch ein Ausflug des Reichskanzlers dahin.

Die „Presse“ meldet, die Verhandlungen Bismarcks in Florenz über eine Neutralitätsliga seien sehr erfolgreich.

Die Enthaltungen mehrten sich. Das „Journal officiel“ veröffentlicht jetzt eine Depesche Gramonts, welche hervorhebt, Bismarck habe dem Prinzen Napoleon angerathen, daß Frankreich Belgien nehme. Goltz wiederholte dies gegenüber dem französischen Hofe. Frankreich eröffnete keinerlei Verhandlungen mit Bismarck. Die Depesche erinnert, daß, als Frankreich die Entwaffnung vorschlug, Bismarck die Furcht vor einer Allianz Oesterreichs mit den süddeutschen Staaten und Vergrößerungs-Belleitaten Frankreichs vorschlugte. Hauptächlich betonte Bismarck die Besorgniß vor der Politik Russlands. Bismarck flocht Aeußerungen über den Petersburger Hof ein, welche als verletzende Insinuationen Gramont nicht wiederholen mag.

Auf eine im englischen Unterhause gestellte Interpellation über die dem Kriege vorangegangenen Friedensverhandlungen erklärte Gladstone, daß die Verhandlungen Clarendons mit Preußen und Frankreich wegen Abriistung persönlich und vertraulich waren. Brunnows Vorschlag vom 13. Juli an Gladstone war gleichfalls persönlicher Natur. Die Großmächte sollten den Rücktritt Hohenzollerns durch ein Protokoll als genügend erklären. Damals schien der Rücktritt Hohenzollerns eo ipso als genügend. Brunnow stellte aber seinen Antrag erst am 16. Juli offiziell, folglich zu spät. Heute würden kombinierte Friedensversuche die Kriegsführenden bloß erbittern.

Die Londoner Blätter enthalten lange Auszüge aus einem dem Parlamente vorgelegten Blaubeuch. Dasselbe enthält auf 77 Seiten 124 Depeschen, welche in der Zeit vom 3. bis 23. Juli gewechselt wurden. Der Zweck der Vorlage dieses Blaubeuchs ist, zu zeigen, daß die englische Regierung vom Anfang bis zu Ende alles gethan hat, um den bedrohten Frieden zu wahren. Die mitgetheilten Depeschen thun noch außerdem dar, daß auch die übrigen europäischen Regierungen, zumal aber Oesterreich und Rußland, das Ihrige gethan haben, die Kriegsgefahr abzuwenden. Im Uebrigen geht noch aus dem vorliegenden Depeschenbündel zur Deutlichkeit hervor, daß Frankreich den Krieg gewollt, daß es von Anfang an auf einen Vorwand zum Kriege hinarbeitete und sich selbst durch die entschiedenste Betonung seines veränderten Standpunktes seitens des englischen Botschafters und der englischen Regierung nicht bewegen ließ, die Zurückziehung der Thronkandidatur des Erbprinzen von Hohenzollern als genügend anzusehen.

Bezüglich der Mordthaten in Griechenland (Affaire bei Marathon) erklärte Lord Gladstone im englischen Unterhause, daß unzweifelhaft hohe Persönlichkeiten in die Angelegenheit verwickelt sind. Der Ministerwechsel ist kein den Wünschen Englands günstiges Ereigniß. Es ist die Pflicht Englands, Griechenland die für dasselbe bestehende Nothwendigkeit zu beweisen, nunmehr allen internationalen Verpflichtungen nachzukommen.

Der Bizekönig von Egypten ist Dienstag von seiner Buhreise nach Konstantinopel wieder in Alexandrien eingetroffen.

sie darauf erwiderte, sie könne dies nicht thun, so sei sie von Ahlin aufgefordert worden, wenigstens zu schweigen.

GN. Perko: Können Ihr schwören, daß der geistliche Herr die ihm zur Last gelegten Worte ganz bestimmt nicht gebraucht habe?

Zeuge: Das kann ich nicht!

Weiter erzählt Sluga, daß sie von einem gewissen Bulovnik aufgefordert worden sei, sich bei der Verhandlung dumm zu stellen.

Michael Stupar war, wie die vorigen Zeugen, an jenem Nachmittage in der Kirche und deponirt entschieden, daß der Angeklagte die verhängnißvollen Worte nicht gesprochen, sondern nur gesagt habe: „Die Obrigkeit würde sündigen, wenn sie das Laster nicht bestrafen würde, wenn sie sich erkaufen und bestechen ließe.“

Wie Michael Stupar, sagt auch Joh. Ster aus Große Heiterkeit rief ein Zeuge hervor, der auf die Frage des GN. Perko, ob er für „varzet“ noch ein anderes Wort kenne, antwortete: Ja tošol ali mavha!

Hierauf werden einige Protokolle verlesen, worunter auch die Aussage der Dienstgeberin der Zeugin Sluga, wornach letztere wirklich zu Hause über die

Predigt sich im theilweisen Sinne der Anklage geäußert hätte.

Der Vorsitzende fordert den Staatsanwalt auf, seinen Antrag über die Zulassung der Entlastungszeugen zum Eide zu stellen.

Dieser beantragt, daß Andreas Bauen, Johann Kepic und Sluga nicht, wohl aber die übrigen Zeugen beeidigt würden.

Dr. Costa wünscht vom praktischen Standpunkte die Beeidigung sämtlicher Zeugen mit Ausnahme des Jakob Kepic, damit das Volk sehe, daß das „Nicht schuldig“ auf Grund beschworener Aussagen der Entlastungszeugen geschöpft wurde.

Der Gerichtshof zieht sich zurück und verkündigt nach kurzer Beratung, daß er dem Antrage des Staatsanwaltes zustimme, worauf die Zeugen Georg Musil, Blas Kepic, Bedent, Stupar und Sier beeidigt werden.

Sohn hält der Staatsanwalt in einer längeren Rede die Anklage aufrecht, wogegen der Vertheidiger Dr. Costa lebhaft und gründlich ankämpft.

Der Gerichtshof zieht sich zur Verathung zurück, und verkündet nach kurzer Pause das Urtheil, wornach der Angeklagte des ihm zur Last gelegten Vergehens nicht schuldig erkannt wurde.

